

MODUL 4

MITSCHRIFT

Aufgabe der Institutionen, Verwaltung vs. Jugendamt
Behörde vs. Familie, Rechtliche Voraussetzungen

SELBSTBESTIMMTE BILDUNG
IN DEUTSCHLAND LEBEN



FAMILIENZEIT-ENTDECKEN.DE

Widerspruch / Einspruch

- Fristgerecht
- Jeder Elternteil muss für sich Widerspruch einlegen, sofern beide ein Bußgeldbescheid bekommen haben
- Einschreiben / simpleFax / online Fax (rechtssichere Zustellarten beachten!)
- Im Widerspruch muss keine Begründung stehen
- Wie lautet der vorgeworfene Tatbestand / Ordnungswidrigkeit? (In der Regel wird euch vorgeworfen nicht "Sorge getragen zu haben" für den regelmäßigen Schulbesuch eurer jungen Menschen)
- Beim Widerspruch / Einspruch immer auch Akteneinsicht fordern
- Begründung folgt nach Akteneinsicht!
- Es müssen erst alle mildereren Mittel angewendet werden

Ein Bußgeld ist nicht verhältnismäßig, da nicht angemessen, nicht notwendig und nicht zielführend.

Unverhältnismäßigkeit besteht aus drei Tatsachen, die erfüllt sein müssen:
Angemessenheit ist nicht gegeben, wenn zB die "Strafe" zu hoch ausfällt oder eine Strafe gar nicht angebracht ist, weil nicht erkannt wurde, dass ein ganz wichtiger, entschuldigender Grund für das Verhalten vorliegt.

Nicht notwendig ist eine Strafe zB, wenn das, was mit einem BG erreicht werden soll, bereits selbst erreicht wird, zB das gemeinsame Ziel "angemessene Bildung des jungen Menschen".

Nicht zielführend ist ein BG, wenn es keinen Erfolg verspricht, weil der junge Mensch auch weiterhin nicht zur Schule gehen wird; Ordnungsmaßnahmen sollen nur eingesetzt werden, wenn sie erfolgversprechend sind!

Widerspruch / Einspruch

Sehr geehrte Frau XY,

hiermit lege ich Einspruch gegen Ihren Bußgeldbescheid vom ..., eingegangen am..., ein.

Begründung:

Ein Bußgeld ist nicht verhältnismäßig, da nicht angemessen, nicht notwendig und nicht zielführend.

Mit freundlichen Grüßen

Akteneinsicht:

- Schule, Schulamt, ggf. Jugendamt, Gerichtsakte sofern schon bei Gericht (Familiengericht oder Amtsgericht)
- zum Scannen der Akte per Handy App nutzen (AdobeScan)
- Durchnummeriert? Vollständig?
- Alles durch gehen und durcharbeiten und auf Vollständigkeit prüfen
- Jegliche Korrespondenz muss in den Akten liegen (Telefonvermerke, Gesprächsnotizen, Emails)
- Kommunikation über den Schulmanager kopieren (Screenshot)
- Wurde die Schweigepflicht eingehalten?

Auskunftspflicht:

Jede Behörde hat in einem Verwaltungsverfahren die Pflicht, dem Beteiligten eine Auskunft und Beratung über die Rechte und Pflichten, die ihm zustehen, zu erteilen. Diese Auskunftspflicht der Behörden gegenüber dem Beteiligten erfolgt im Rahmen der Fürsorgepflicht und ist in § 25 S. 2 VwVfG) und den entsprechenden Gesetzen der Länder geregelt.

Gerne Fragen stellen und Fristverlängerung beantragen!

Bußgeld:

- vergangene Tat bestrafen (Buße tun)
- Zeitraum / Tagessätze / maximale Bußgeldhöhe in eurem Bundesland beachten!!!
- Wenn das BG zu hoch ist es nicht rechtskonform/ es gilt einzustellen
- Verjährungsfrist im Bundesland beachten (an Bußgeldhöhe geknüpft)

Zwangsgeld:

- eine Tat in der Zukunft unterbinden
- Oft bei nicht erfolgter Schulanmeldung
- oder Schulbesuch in der Zukunft zum Tag X erzwingen
- Pfändungsschutzkonto einrichten (Freigrenzen beachten!)
- sofortiger Vollzug
- verhältnismäßig? Wurden mildere Mittel zuvor angewandt?

Beim BG oder Zwangsgeld geht es NUR um Geld!

Widerspruch / Einspruch

Begründung:

- nach der Akteneinsicht ausführlichere Begründung schreiben
- Hiermit beantrage ich mich von der vorgeworfenen Tat freizusprechen / das Verfahren gegen mich einzustellen

Formelle Mängel

- Fehlende Akten, Akteneinsicht unvollständig, verhältnismäßig (siehe oben)

Inhaltliche Mängel

- Man müsste eine Straftat begehen um für den Schulbesuch zu sorgen
- Nicht Eltern verhindern den Schulbesuch! Sondern Wille des jungen Menschen
- Alles für den Schulbesuch getan
- Beispiele Zugang zu Bildung
- man schadet durch diese Willensbekundung niemandem
- nicht beweisgestützte Fehlannahmen widerlegen
- Unterstellungen / Behauptungen widerlegen
- Rechtfertigungsgründe darlegen
- Differenzierung schulrechtlich und pädagogisch

Widerspruch / Einspruch

- Wiederholtes Bußgeld:
- Bußgeldbescheid rechtswidrig, da er dem Doppelverfolgungsverbot unterliegt.

Aufgabe: Meldung beim Jugendamt aufgrund von Kindeswohlgefährdung

Für das nächste Live bereiten wir das Rollenspiel zu obigem Thema vor.

Die Ausgangssituation ist ein Brief vom Jugendamt mit dem Inhalt, es liege eine Meldung von der Schule zu einer möglichen Kindeswohlgefährdung vor und es wird um einen zeitnahen Termin gebeten.

Wir besprechen im Live gemeinsam das mögliche Vorgehen nach dieser Benachrichtigung und den Ablauf des Gesprächs mit dem Jugendamt.

Notiere dir dazu im Vorfeld deine Fragen und möglichen Antworten, die dir für den Ablauf hilfreich sein könnten.